

## **Protokoll 59. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 6. September 2023, 17.00 Uhr bis 22.04 Uhr, im Rathaus Hard  
in Zürich-Aussersihl

---

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Heidi Egger (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Brigitte Fürer (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Serap Kahriman (GLP), Andreas Kirstein (AL), Felix Moser (Grüne), Dr. Frank Rühli (FDP), Jehuda Spielman (FDP), Christian Traber (Die Mitte)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |            |   |            |
|----|------------|---|------------|
| 1. |            | Mitteilungen  |            |
| 2. | 2023/357   | Eintritt von Roger Meier (FDP) nach Rücktritt von Cathrine Pauli (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026   |            |
| 3. | 2022/151   | RPK, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Cathrine Pauli (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026  |            |
| 4. | 2023/223   | Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Martin Bürki (FDP) für den Rest des Amtsjahres 2023/2024  |            |
| 5. | 2023/223   | Geschäftsleitung, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds nach Rücktritt von Tanja Maag Sturzenegger (AL) für den Rest des Amtsjahres 2023/2024                            |            |
| 6. | 2023/387 * | Weisung vom 23.08.2023:<br>Immobilien Stadt Zürich, Erweiterung, Umbau und Instandhaltung der Wache Süd von Schutz & Rettung, neue einmalige Ausgaben                     | VHB<br>VSI |
| 7. | 2023/388 * | Weisung vom 23.08.2023:<br>Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptionelle Kunst (Haus Konstruktiv), Beiträge 2025–2028, Einmalbeitrag für Standortwechsel | STP        |
| 8. | 2023/389 * | Weisung vom 23.08.2023:<br>Kultur, Verein Filmclub Xenix, Beiträge 2024–2027  | STP        |

9.	2023/390	*	Weisung vom 23.08.2023: Kultur, Verein Zurich Jazz Orchestra, Beiträge 2024–2027	STP
10.	2023/391	*	Weisung vom 23.08.2023: Liegenschaften Stadt Zürich, Stiftung Einfach Wohnen (SEW), Areal Rotbuchstrasse, Gewährung Baurecht	FV
11.	2023/392	*	Weisung vom 23.08.2023: Entsorgung + Recycling Zürich, Logistik, Bioabfall, Zusatzkredit zum Projektierungskredit	VTE
12.	2023/393	*	Weisung vom 23.08.2023: Sozialdepartement, Verein Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Zürich, Kinderbetreuung zu Hause, Beiträge 2024–2027	VS
13.	2023/394	* E	Postulat der FDP-, GLP- und SVP-Fraktion vom 23.08.2023: Massnahmen der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zur Integration von Asylbewerbenden, Vermittlung der Werte Gleichstellung, Respekt und Nichtdiskriminierung	VS
14.	2023/395	* E	Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 23.08.2023: Sofortige und vollständige Auszahlung der Abfederungsbeiträge an die nicht berücksichtigten Institutionen im Rahmen der Konzeptförderung Tanz und Theater	STP
15.	2023/396	* E	Postulat von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 23.08.2023: Frühzeitige Information der Bevölkerung über die vorgesehenen Standorte für Asylzentren der Asyl-Organisation Zürich (AOZ)	VS
16.	2023/168	* E/T	Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 29.03.2023: Droge Crack, Verhinderung der Ausbreitung durch Massnahmen in der Sozialarbeit, Prävention und Polizeiarbeit	VGU
17.	2023/323	* E/A	Postulat von Florian Utz (SP), Nicolas Cavalli (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.06.2023: Flughafen Zürich AG, Verzicht auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen	STP
18.	2023/251		Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2022	OMB
19.	2023/61		Weisung vom 08.02.2023: Elektrizitätswerk, Verordnung über den Tarif Ersatzenergie, Totalrevision	VIB
20.	2022/422		Weisung vom 07.09.2022: Motion von Dr. Urs Egger, Anjushka Früh und 8 Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung der in der Raum- bedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren, Bericht und Abschreibung	VSS

21.	2023/85		Weisung vom 01.03.2023: Postulat von Hans Dellenbach und Elisabeth Schoch betreffend Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik, Bericht und Abschreibung	VIB
22.	2023/324	E/A	Postulat von Ursina Merkler (SP) und Beat Oberholzer (GLP) vom 28.06.2023: Bericht zum Stand des Ausbaus der Elektrizitätsinfrastruktur im Jahr 2026	VIB
23.	2023/325	E/A	Postulat von Beat Oberholzer (GLP) und Ursina Merkler (SP) vom 28.06.2023: Bereitstellung von Echtzeitdaten durch ewz für die Nutzenden von intelligenten Messsystemen (Smart Meter)	VIB
24.	2022/504		Weisung vom 26.10.2022: Hochbaudepartement, Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds (VO MAF), Neuerlass	VHB
25.	2023/80		Weisung vom 01.03.2023: Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke, Bericht und Abschreibung	VTE
26.	2023/318	A/P	Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 28.06.2023: Projektierungskredit für den Bau der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf der Zollbrücke	VTE
27.	2023/408	E	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 30.08.2023: Weiterbetrieb der provisorischen Haltestelle «Sihlquai» in der Limmatstrasse bis zur endgültigen Verlegung der Haltestelle auf die Zollbrücke	VTE
28.	2023/81		Weisung vom 01.03.2023: Dringliche Motion von Markus Knauss und Dr. Ann-Catherine Nabholz betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze, Bericht und Abschreibung	VTE
29.	2022/439	A/P	Motion der SP-, Grüne und AL-Fraktion vom 14.09.2022: Rekommunalisierung der Firma Biogas Zürich AG	VTE

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2192. 2023/426

#### **Erklärung der Grüne-Fraktion vom 06.09.2023: Keine Erhöhung der Hotellerie- und Betreuungstaxen für die Gesundheitszentren für das Alter**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Julia Hofstetter (Grüne) folgende Fraktions-erklärung:

In den Gesundheitszentren fürs Alter leben Menschen, die auf ein langes Leben zurückblicken. Die meisten von ihnen haben mehr als achtzig Jahre zu Hause gelebt. Sie haben sich für unsere Gesellschaft engagiert: Am Arbeitsplatz, in der Familie, der Nachbarschaft oder in Vereinen. Vielleicht haben sie ihre Partnerin oder ihren Partner bis zu deren Tod betreut. In den Gesundheitszentren fürs Alter leben zum Beispiel verwitwete Menschen, die nun niemanden mehr haben, der diese Betreuungsarbeit ambulant bei ihnen zu Hause übernimmt. Der sie so pflegt und betreut, wie viele der Bewohner\*innen das einst für andere gemacht haben.

Es sind mehr Frauen als Männer, die in den Gesundheitszentren fürs Alter leben. Im Alter sind Frauen häufiger auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Zum Beispiel weil sie sich durch langjährige unbezahlte Familienarbeit oder durch die Pflege von Angehörigen für die Gesellschaft engagiert haben. Und weil sie vermehrt auch Lohndiskriminierung erfahren haben. Trotz Ausbau der beruflichen Vorsorge ist der Anteil an AHV-Rentner\*innen, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind in den letzten Jahren in der Schweiz nicht gesunken.

Ein Grund für diese Tatsache ist, dass im hohen Lebensalter Ergänzungsleistungen zur AHV oft zur Finanzierung von Pflegeleistungen benötigt werden. Etwa die Hälfte der Ausgaben für Ergänzungsleistungen zur AHV entfallen auf heimbedingte Mehrkosten.

Der Stadtrat folgt nun dem Vorschlag von glp-Stadtrat Andreas Hauri, die Hotellerie- und Betreuungstaxen in den Gesundheitszentren zu erhöhen. Dabei nimmt er in Kauf, dass durch diesen Schritt mehr Bewohner\*innen Zusatzleistungen zur AHV benötigen, um ihren Heimaufenthalt finanzieren zu können. Das ist nicht der richtige Weg! Dass Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt die Pflege und Betreuung, die sie brauchen, zusteht, muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Alters- und Pflegezentren wurden 2021 zusammengeschlossen. Nun ist der folgerichtige Schritt, die unterschiedlichen Taxmodelle zu vereinheitlichen. Das wird von den GRÜNEN nicht in Frage gestellt, wie auch die Umstellung auf Betreuungspauschalen gemäss den Empfehlungen des Preisüberwachers nicht in Frage gestellt werden. Die deutliche und generelle Erhöhung der Hotellerie- und Betreuungstaxen ist für die GRÜNEN inakzeptabel. Wir sollten das Alter feiern und wertschätzen, statt das Alter einseitig als Kostenfaktor zu definieren ohne mit einzuberechnen, was alte Menschen in ihrem langen Leben für die Gesellschaft geleistet haben. Die Pflege und Betreuung von Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt gehört zu den Dienstleistungen, die eine Stadt der Allgemeinheit gegenüber zu erbringen hat, genauso wie es für Schulen oder den Bau von Infrastruktur wie zum Beispiel Strassen selbstverständlich ist. Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, den Vorschlag zu überarbeiten. Diese überrissene Erhöhung der Taxen ist nicht der richtige Weg.

### 2193. 2023/415

#### **Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 30.08.2023: Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckeranlage**

Michele Romagnolo (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 13. September 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

**G e s c h ä f t e****2194. 2023/357  
Eintritt von Roger Meier (FDP) nach Rücktritt von Cathrine Pauli (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026**

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 5. Juli 2023 anstelle von Cathrine Pauli (FDP 7 und 8) mit Wirkung ab 1. September 2023 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 als gewählt erklärt:

Roger Meier (FDP 7 + 8), 1968, Rechtsanwalt

**2195. 2022/151  
RPK, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Cathrine Pauli (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026**

Es wird gewählt:

Martin Bürki (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

**2196. 2023/223  
Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach Rücktritt von Martin Bürki (FDP) für den Rest des Amtsjahres 2023/2024**

Es wird gewählt:

Roger Meier (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

**2197. 2023/223  
Geschäftsleitung, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds nach Rücktritt von Tanja Maag Sturzenegger (AL) für den Rest des Amtsjahres 2023/2024**

Es wird gewählt:

Sophie Blaser (AL)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

**2198. 2023/387  
Weisung vom 23.08.2023:  
Immobilien Stadt Zürich, Erweiterung, Umbau und Instandhaltung der Wache Süd von Schutz & Rettung, neue einmalige Ausgaben**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023

- 2199. 2023/388**  
**Weisung vom 23.08.2023:**  
**Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptionelle Kunst (Haus Konstruktiv), Beiträge 2025–2028, Einmalbeitrag für Standortwechsel**
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023
- 2200. 2023/389**  
**Weisung vom 23.08.2023:**  
**Kultur, Verein Filmclub Xenix, Beiträge 2024–2027**
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023
- 2201. 2023/390**  
**Weisung vom 23.08.2023:**  
**Kultur, Verein Zurich Jazz Orchestra, Beiträge 2024–2027**
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023
- 2202. 2023/391**  
**Weisung vom 23.08.2023:**  
**Liegenschaften Stadt Zürich, Stiftung Einfach Wohnen (SEW), Areal Rotbuchstrasse, Gewährung Baurecht**
- Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023
- 2203. 2023/392**  
**Weisung vom 23.08.2023:**  
**Entsorgung + Recycling Zürich, Logistik, Bioabfall, Zusatzkredit zum Projektierungskredit**
- Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023
- 2204. 2023/393**  
**Weisung vom 23.08.2023:**  
**Sozialdepartement, Verein Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Zürich, Kinderbetreuung zu Hause, Beiträge 2024–2027**
- Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023

**2205. 2023/394****Postulat der FDP-, GLP- und SVP-Fraktion vom 23.08.2023:  
Massnahmen der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zur Integration von Asylbewer-  
benden, Vermittlung der Werte Gleichstellung, Respekt und Nichtdiskriminierung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2206. 2023/395****Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 23.08.2023:  
Sofortige und vollständige Auszahlung der Abfederungsbeiträge an die nicht be-  
rücksichtigten Institutionen im Rahmen der Konzeptförderung Tanz und Theater**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2207. 2023/396****Postulat von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 23.08.2023:  
Frühzeitige Information der Bevölkerung über die vorgesehenen Standorte für  
Asylzentren der Asyl-Organisation Zürich (AOZ)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2208. 2023/168****Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 29.03.2023:  
Droge Crack, Verhinderung der Ausbreitung durch Massnahmen in der Sozialar-  
beit, Prävention und Polizeiarbeit**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 30. August 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 2155/2023)

Moritz Bögli (AL) zieht den namens der AL-Fraktion am 12. April 2023 gestellten Textänderungsantrag zurück.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Die Abstimmung über den Antrag auf Dringlichkeit entfällt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 2209. 2023/323

**Postulat von Florian Utz (SP), Nicolas Cavalli (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 28.06.2023:  
Flughafen Zürich AG, Verzicht auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Florian Utz (SP) vom 30. August 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 2154/2023)

Die Dringlicherklärung wird von 71 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 2210. 2023/251

**Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2022**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2022 in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderats geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 21. August 2023).

Referat zur Vorstellung des Berichts: Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidentin

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2022 abzunehmen.

Zustimmung: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Nadia Huberson (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)  
Abwesend: Referat: Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidentin; Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2022 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



**2211. 2023/61****Weisung vom 08.02.2023:****Elektrizitätswerk, Verordnung über den Tarif Ersatzenergie, Totalrevision**

## Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses 2025 vom 5. Juli 2023:

Zustimmung: Referat: Mischa Schiwow (AL), Präsidium; Isabel Garcia (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Martina Novak (GLP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Abwesend: Dr. Florian Blättler (SP)

Das Präsidium der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

## Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Johann Widmer (SVP), Präsidium; Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Tanja Maag Sturzenegger (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Ursina Merkle (SP), Carla Reinhard (GLP), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 105 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tarif Ersatzenergie vom 20. September 2017 (AS 732.332) wird gemäss Beilage (datiert vom 8. Februar 2023 mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 6. September 2023) unter dem Titel «Verordnung über den Tarif Ersatzenergie» totalrevidiert.

**AS 732.332****Verordnung über den Tarif Ersatzenergie**

vom 6. September 2023

*Der Gemeinderat,*

gestützt auf Art. 54 GO<sup>1</sup> und nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 8. Februar 2023<sup>2</sup>,  
*beschliesst:*

Geltungsbereich Art. 1 Diese Verordnung gilt für Kundinnen und Kunden, die:  
a. den Netzzugang im Verteilnetz der Stadt erklärt haben; und

<sup>1</sup> AS 101.100

<sup>2</sup> STRB Nr. 349 vom 8. Februar 2023.

	b.	keiner Bilanzgruppe zugeordnet werden können.
Tarifzeiten	Art. 2	Für Ersatzenergie gelten folgende Tarifzeiten: a. Hochtarif: Montag–Samstag 06.00–22.00 Uhr; b. Niedertarif: Montag–Sonntag 22.00–06.00 Uhr Sonntag 06.00–22.00 Uhr.
Produktzusammensetzung	Art. 3	<sup>1</sup> Ersatzenergie besteht aus Energie aus Energieerzeugungsanlagen mit dem Zertifikat «naturemade star». <sup>2</sup> Die Zusammensetzung und die Herkunft der gelieferten Ersatzenergie werden im Folgejahr gegenüber den Kundinnen und Kunden deklariert.
Preis	Art. 4	<sup>1</sup> Der Preis für Ersatzenergie berücksichtigt: a. den Monatsmittelwert des Vormonats für den Spotpreis an der Strombörse «EPEX Spot» für die Schweiz (SPOTm [EUR/MWh]); b. den Monatsmittelwert des Vormonats für den Wechselkurs Franken–Euro der Schweizerischen Nationalbank (FX [CHF/EUR]); c. den Monatsmittelwert des Vormonats für den Handelspreis für Herkunftsnachweise (ökologischer Mehrwert; HKN [CHF/MWh]); d. die Faktoren 1,67 und 1,27 zur Unterscheidung zwischen Hoch- und Niedertarif sowie zum Ausgleich der Risiken Verbrauchsprofil und Bezug Ausgleichsenergie; e. eine Pauschale für das Risiko des Bezugs von Ausgleichsenergie (3.00 EUR/MWh). <sup>2</sup> Er berechnet sich gemäss folgender Formel: a. Hochtarif: $(\text{SPOTm [EUR/MWh]} \times 1,67 + 3,00 \text{ EUR/MWh}) \times \text{FX [CHF/EUR]} + \text{HKN [CHF/MWh]}$ ; b. Niedertarif: $(\text{SPOTm [EUR/MWh]} \times 1,27 + 3,00 \text{ EUR/MWh}) \times \text{FX [CHF/EUR]} + \text{HKN [CHF/MWh]}$ . <sup>3</sup> Alle Preise verstehen sich exklusive Mehrwertsteuer.
Lieferanspruch	Art. 5	<sup>1</sup> Kundinnen und Kunden haben keinen Rechtsanspruch auf die Lieferung von Energie aus Energieerzeugungsanlagen mit der Zertifizierung «naturemade star». <sup>2</sup> Die Stadt kann anstelle von Energie aus Energieerzeugungsanlagen mit der Zertifizierung «naturemade star» Energie mit gleichwertiger Zertifizierung liefern.
Information	Art. 6	<sup>1</sup> Erhält die Stadt Kenntnis, dass Kundinnen oder Kunden neu Ersatzenergie beziehen werden, informiert die Stadt diese, soweit bekannt und möglich, über diese Verordnung. <sup>2</sup> Die Information erfolgt umgehend und spätestens innert fünf Arbeitstagen.
Ende der Ersatzversorgung	Art. 7	<sup>1</sup> Die Versorgung mit Ersatzenergie endet mit der Versorgung durch eine neue Energielieferantin oder einen neuen Energielieferanten. <sup>2</sup> Die neue Energielieferantin oder der neue Energielieferant meldet der Stadt den Wechsel zehn Arbeitstage im Voraus.
Inkrafttreten	Art. 8	Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. September 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 13. November 2023)

**2212. 2022/422****Weisung vom 07.09.2022:****Motion von Dr. Urs Egger, Anjushka Früh und 8 Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend «Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2019/214, von Dr. Urs Egger (FDP) und Anjushka Früh (SP) sowie 8 Mitunterzeichnenden vom 22. Mai 2019 betreffend «Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren» wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Liv Mahrer (SP)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend «Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Der Rat lehnt den Antrag von Stefan Urech (SVP) mit 13 gegen 101 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung:	Referat: Liv Mahrer (SP); Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Islam Alijaj (SP), Moritz Bögli (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung:	Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Sabine Koch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Liv Mahrer (SP); Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Islam Alijaj (SP), Moritz Bögli (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Urs Riklin (Grüne)  
 Enthaltung: Stefan Urech (SVP)  
 Abwesend: Sabine Koch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend «Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2019/214, von Dr. Urs Egger (FDP) und Anjushka Früh (SP) sowie 8 Mitunterzeichnenden vom 22. Mai 2019 betreffend «Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. September 2023

## 2213. 2023/85

**Weisung vom 01.03.2023:**

**Postulat von Hans Dellenbach und Elisabeth Schoch betreffend Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR-Nr. 2021/58, von Hans Dellenbach und Elisabeth Schoch (beide FDP) vom 10. Februar 2021 betreffend Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Johann Widmer (SVP), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Johann Widmer (SVP), Präsidium; Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Ursina Merkle (SP), Carla Reinhard (GLP), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 111 gegen 1 Stimme (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Johann Widmer (SVP), Präsidium; Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Ursina Merkle (SP), Carla Reinhard (GLP), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 94 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR-Nr. 2021/58, von Hans Dellenbach und Elisabeth Schoch (beide FDP) vom 10. Februar 2021 betreffend Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. September 2023

#### **2214. 2023/324**

##### **Postulat von Ursina Merkle (SP) und Beat Oberholzer (GLP) vom 28.06.2023: Bericht zum Stand des Ausbaus der Elektrizitätsinfrastruktur im Jahr 2026**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ursina Merkle (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1993/2023).

Hans Dellenbach (FDP) begründet den von Sebastian Vogel (FDP) namens der FDP-Fraktion am 12. Juli 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 87 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2215. 2023/325****Postulat von Beat Oberholzer (GLP) und Ursina Merkler (SP) vom 28.06.2023:  
Bereitstellung von Echtzeitdaten durch ewz für die Nutzenden von intelligenten  
Messsystemen (Smart Meter)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Beat Oberholzer (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1994/2023).

Tanja Maag Sturzenegger (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 12. Juli 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 92 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2216. 2022/504****Weisung vom 26.10.2022:  
Hochbaudepartement, Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds  
(VO MAF), Neuerlass**

Antrag des Stadtrats

Die Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds gemäss Beilage (datiert vom 26. Oktober 2022) wird neu erlassen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium

Änderungsantrag 1

Art. 5 «Beitragsberechtigte»

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 5:

Beitragsberechtigt sind ~~die Stadt Zürich und andere juristische Personen sowie natürliche Personen~~ natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts.

Mehrheit:	Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte Furer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL)
Minderheit:	Referat: Reto Brüesch (SVP); Flurin Capaul (FDP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 2

Art. 6 «Gestaltung öffentlicher Raum» Abs. 2 lit. a

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 6 Abs. 2 lit. a:

a. Parks, Plätzen, und Grünanlagen, Strassenräumen, Gemeinschaftsgärten oder mit Bäumen bestockten Flächen;

- Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte Furer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiowow (AL)
- Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Flurin Capaul (FDP), Jean-Marc Jung (SVP), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 3

Art. 8 «Lärmschutz»

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Streichung von Art. 8 (Die Nummerierung der Art. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst).

- Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte Furer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiowow (AL), Roger Suter (FDP)
- Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Jean-Marc Jung (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 4

Art. 9 «Fuss- und Veloverkehr» lit. b

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 9 lit. b:

b. zur Erstellung von Velostellanlagen öffentlichen Einrichtungen;

- Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte Furer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiowow (AL), Roger Suter (FDP)
- Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Jean-Marc Jung (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Änderungsantrag 5

Art. 10 «Infrastrukturen», neue lit. e

Die SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 10:

d. die Planungskosten für die Überdeckung von Verkehrsinfrastrukturen;<sup>1</sup>

e. die Verbesserung der Bau- und Planungskultur, wie Beteiligungsprozesse, Studienverfahren oder Wettbewerbe.

Zustimmung: Referat: Reto Brüesch (SVP); Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Roger Suter (FDP)

Enthaltung: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Mischa Schiwow (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE stillschweigend zu.

#### Änderungsantrag 6

Art. 12 «Erstinvestitionen und Instandsetzungen» Abs. 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 12 Abs. 1:

<sup>1</sup> Die Stadt richtet ~~im Zusammenhang mit Erstinvestitionen und Instandsetzungen von Einrichtungen und Anlagen einmalige Beiträge an Ausgaben für die Projektierung und Ausführung~~ auseinmalige Beiträge an Erstinvestitionen und Erneuerungen von Einrichtungen und Anlagen aus.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Snezana Blickenstorfer (GLP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Jean-Marc Jung (SVP), Roger Suter (FDP)

Minderheit: Referat: Jürg Rauser (Grüne); Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Claudia Rabelbauer (EVP), Mischa Schiwow (AL)

Enthaltung: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Änderungsantrag 7

Art. 14 «Auflagen und Bedingungen»

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 14:

Die Ausrichtung von Beiträgen kann von Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden. Die Herkunft der Mittel ist kein Beitragskriterium.



Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte FÜRER (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Reto Brüesch (SVP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Roger Suter (FDP)

Minderheit: Referat: Mischa Schiwow (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 7 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 8  
Art. 16 «Anspruch», neuer Abs. 2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgenden neuen Art. 16 Abs. 2 (Die bisherige Bestimmung wird zu Abs. 1):

<sup>2</sup> Für beitragsberechtigte Massnahmen richtet die Stadt Beiträge bis höchstens 100 000 Franken aus.

Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte FÜRER (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL)

Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Flurin Capaul (FDP), Jean-Marc Jung (SVP), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 9  
Art. 18 «Prüfung» lit. a Ziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 18 lit. a Ziffer 1:

1. Bedeutung des Vorhabens oder Projekts im Hinblick auf die Entwicklungsziele der Stadtquartiere;

Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte FÜRER (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL)

Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Flurin Capaul (FDP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 10

Art. 21 «Auszahlung und Überwachung» Abs. 2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 21 Abs. 2:

<sup>2</sup> In begründeten ~~Fällen~~Ausnahmefällen kann der gesamte Beitrag im Voraus ausgerichtet werden.

Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte Furer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Roger Suter (FDP)

Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Jean-Marc Jung (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 11

Neuer Art. 22 «Umsetzungspflicht»

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgenden neuen Art. 22 (Die Nummerierung der Art. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

Art. 22 «Umsetzungspflicht»

<sup>1</sup> Innert zwei Jahren seit der Bewilligung von Beiträgen muss mit der Umsetzung der unterstützten Massnahmen begonnen worden sein.

<sup>2</sup> Die Nichteinhaltung dieser Frist begründet in der Regel

a. die Verwirkung noch nicht ausbezahlter Beträge.

b. die Pflicht zur Rückerstattung ausbezahlter Beträge.

Mehrheit: Referat: Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Brigitte Furer (Grüne), Präsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Roger Suter (FDP)

Minderheit: Referat: Reto Brüesch (SVP); Jean-Marc Jung (SVP)

Enthaltung: Claudia Rabelbauer (EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 12

Art. 25 «Berichterstattung» Abs. 2, neue lit. f

Die SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 25 Abs. 2:

- e. der nach der Beitragsbewilligung verbliebene Mittelbestand;  
 f. der Kreis, in dem er verwendet wurde.

Zustimmung: Referat: Snezana Blickenstorfer (GLP); Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Reto Brüesch (SVP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE stillschweigend zu.

### Änderungsantrag 13

Art. 25 «Berichterstattung», neuer Absatz 3

Die SK HBD/SE beantragt folgenden neuen Art. 25 Abs. 3:

<sup>3</sup> Zudem veröffentlicht er zu jedem einzelnen Mittelzufluss (Ertrag Mehrwertabgabe) in den Fonds insbesondere folgende Informationen:

- a. die Ertragshöhe;  
 b. der Anlass für den Mehrwertausgleich;  
 c. der Mittelbestand nach Zufluss des Ertrags;  
 d. der Kreis, aus dem die Mehrwertabgabe stammt.

Zustimmung: Referat: Snezana Blickenstorfer (GLP); Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Reto Brüesch (SVP), Flurin Capaul (FDP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP) i. V. von Nicole Giger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE stillschweigend zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

#### **Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds (VO MAF)**

vom ...

*Der Gemeinderat,*

gestützt auf § 23 Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) vom 28. Oktober 2019<sup>1</sup>, Art. 54 GO<sup>2</sup> und nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 26. Oktober 2022<sup>3</sup>,

*beschliesst:*

<sup>1</sup> LS 700.9

<sup>2</sup> AS 101.100

<sup>3</sup> STRB Nr. 1001 vom 26. Oktober 2022.

	<b>A. Allgemeine Bestimmung</b>
Gegenstand	Art. 1 Diese Verordnung regelt die Zuweisung, Verwaltung und Verwendung der Mittel des kommunalen Mehrwertausgleichsfonds (MAF) sowie das Verfahren für die Ausrichtung von Beiträgen.
	<b>B. Fondsmittel</b>
Zuweisung	Art. 2 Die Erträge aus der kommunalen Mehrwertabgabe werden dem MAF zugewiesen.
Verwaltung	Art. 3 <sup>1</sup> Der Stadtrat bestimmt die für die Verwaltung des MAF zuständige Organisationseinheit. <sup>2</sup> Die Mittel werden nicht verzinst. <sup>3</sup> Der Fonds weist zu keiner Zeit einen negativen Bestand auf.
Verwendung	Art. 4 Die verfügbaren Mittel werden für Massnahmen der Raumplanung verwendet.
Beitragsberechtigte	Art. 5 Beitragsberechtigt sind die Stadt Zürich und andere juristische Personen sowie natürliche Personen.
	<b>C. Beitragsberechtigte Massnahmen</b>
Gestaltung öffentlicher Raum	Art. 6 <sup>1</sup> Beitragsberechtigt sind Massnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raums, der sich für den Aufenthalt der Bevölkerung im Freien eignet oder das Wohnumfeld verbessert. <sup>2</sup> Die Massnahmen können die Erstellung, Gestaltung und Ausstattung umfassen von: a. Parks, Plätzen, Grünanlagen, Strassenräumen, Gemeinschaftsgärten oder mit Bäumen bestockten Flächen; b. Erholungseinrichtungen und anderen öffentlich zugänglichen Freiräumen wie Wege, Ufer von Gewässern, Rastplätze, Spielplätze und sanitärische Anlagen. <sup>3</sup> Weitere Formen der infrastrukturellen Ausstattung von Erholungsgebieten sind zulässig.
Klima	Art. 7 Beitragsberechtigt sind Massnahmen für das Klima zur: a. Verbesserung des Lokalklimas durch Baumpflanzungen, allgemeine Grünflächen, Dach- und Fassadenbegrünungen; b. Speicherung und Verwendung von Regenwasser auf Liegenschaften; c. Verbesserung der ökologischen und klimatischen Qualität des Siedlungsraums, insbesondere Massnahmen zur Hitzeminderung.
Lärmschutz	Art. 8 Beitragsberechtigt sind Massnahmen für den Lärmschutz: a. zur Verbesserung der akustischen Aufenthaltsqualität im Aussenraum; b. in öffentlich zugänglichen Freiräumen mit Erholungsfunktion.
Fuss- und Veloverkehr	Art. 9 Beitragsberechtigt sind Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr: a. zugunsten einer besseren Durchwegung; b. zur Erstellung von Veloabstellanlagen; c. zur Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen Einrichtungen und Haltestellen des öffentlichen Verkehrs.
Infrastrukturen	Art. 10 Beitragsberechtigt sind folgende Massnahmen für Infrastrukturen: a. die Erstellung sozialer Infrastrukturen wie soziale Treffpunkte und auserschulische Einrichtungen; b. die Erstellung oder der Umbau von Infrastrukturen zur Ermöglichung von gewerblichen und kulturellen Zwischennutzungen;

	<ul style="list-style-type: none"> <li>c. die Erstellung von Infrastrukturen für Energiedienstleistungen und für die Versorgung und Entsorgung im Umfang des raumplanerisch begründeten Mehraufwands und ausserhalb des Grundauftrags;</li> <li>d. die Planungskosten für die Überdeckung von Verkehrsinfrastrukturen;</li> <li>e. die Verbesserung der Bau- und Planungskultur, wie Beteiligungsprozesse, Studienverfahren oder Wettbewerbe.</li> </ul>
Erwerb von Liegenschaften	Art. 11 Die beitragsberechtigten Massnahmen können den Erwerb von Liegenschaften und andere Rechtserwerbe umfassen, sofern diese für die Umsetzung erforderlich sind.
	<b>D. Grundsätze der Beitragsausrichtung</b>
Erstinvestitionen und Instandsetzungen	Art. 12 <sup>1</sup> Die Stadt richtet einmalige Beiträge an Erstinvestitionen und Erneuerungen von Einrichtungen und Anlagen aus. <sup>2</sup> Die Beiträge sind nicht rückzahlungspflichtig; vorbehalten bleibt die Rückforderung nach Art. 22.
Ausschluss	Art. 13 Die Ausrichtung von Beiträgen ist ausgeschlossen, wenn die Massnahme: <ul style="list-style-type: none"> <li>a. der Pflege oder dem Betrieb und Unterhalt einer Einrichtung oder Anlage dient;</li> <li>b. durch Gebühren finanziert ist;</li> <li>c. bereits auf einer anderen Rechtsgrundlage oder mit zweckgebundenen Mitteln aus einem anderen Fonds finanziert wird;</li> <li>d. aufgrund rechtlicher Bestimmungen für die Bewilligungsfähigkeit der Anlage oder Einrichtung vorgeschrieben ist.</li> </ul>
Auflagen und Bedingungen	Art. 14 Die Ausrichtung von Beiträgen kann von Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden.
Verschuldungsverbot	Art. 15 Ein Beitragsgesuch darf nur in dem Umfang bewilligt werden, als die Auszahlung für die beitragsberechtigte Massnahme nicht zu einem Unterbestand des Fonds führt.
Anspruch	Art. 16 Ein Anspruch auf Ausrichtung von Beiträgen besteht nicht.
	<b>E. Verfahren für die Beitragsausrichtung</b>
Einreichung	Art. 17 <sup>1</sup> Beitragsberechtigte reichen das Beitragsgesuch vor dem Beginn der Umsetzung des Projekts bei der für die Fondsverwaltung zuständigen Organisationseinheit ein. <sup>2</sup> Sie dokumentieren das Gesuch ausreichend, sodass eine Prüfung des Gesuchs anhand der in Art. 18 genannten Kriterien möglich ist. <sup>3</sup> Die Beantwortung von externen Beitragsgesuchen erfolgt nach durchgeführter Prüfung mit einer anfechtbaren Anordnung.
Prüfung	Art. 18 Die für die Verwaltung des Fonds zuständige Organisationseinheit prüft die Beitragsgesuche und internen Stellungnahmen anhand folgender Kriterien: <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Bedeutung des Vorhabens oder Projekts im Hinblick auf die Entwicklungsziele der Stadt;</li> <li>2. Anzahl oder Vielfalt der Anspruchsgruppen, die einen Nutzen aus dem Vorhaben oder Projekt ziehen;</li> </ul> </li> <li>b. Rechtmässigkeit;</li> <li>c. Zweckmässigkeit;</li> <li>d. Wirtschaftlichkeit;</li> <li>e. Folgekosten.</li> </ul>
Entscheid	Art. 19 <sup>1</sup> Der Stadtrat oder die von ihm bezeichnete Organisationseinheit entscheidet über das Beitragsgesuch. <sup>2</sup> Einzelheiten können in einer Beitragsvereinbarung festgelegt werden.

Ausgabenbewilligung, Fondsentnahme	<p><sup>3</sup> Der Entscheid und die Beitragsvereinbarung stehen unter dem Vorbehalt der Ausgabenbewilligung durch die zuständige Instanz.</p> <p>Art. 20 <sup>1</sup> Die Zuständigkeit für die Ausgabenbewilligung bemisst sich unter Einschluss der beantragten Fondsmittel nach den Finanzbefugnissen gemäss Gemeindegesetz<sup>4</sup> und Gemeindeordnung.</p> <p><sup>2</sup> Die Bewilligung der Fondsentnahme erfolgt im gleichen Beschluss, mit dem die Ausgaben bewilligt werden.</p>
Auszahlung und Überwachung	<p>Art. 21 <sup>1</sup> Die Auszahlung von Beiträgen erfolgt nach Massgabe des Fortschritts bei der Umsetzung der Massnahme.</p> <p><sup>2</sup> In begründeten Fällen kann der gesamte Beitrag im Voraus ausgerichtet werden.</p> <p><sup>3</sup> Der Stadtrat stellt den korrekten Mitteleinsatz sicher.</p>
Widerruf und Rückforderung	<p>Art. 22 Beiträge werden widerrufen oder zurückgefordert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. sie zu Unrecht zugesichert oder ausbezahlt worden sind;</li> <li>b. gegen Auflagen und Bedingungen verstossen wird; oder</li> <li>c. eine nachträgliche Zweckentfremdung vorliegt.</li> </ol>
Rückforderungsverzicht	<p>Art. 23 Auf die Rückforderung wird verzichtet:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. soweit die Empfängerin oder der Empfänger infolge des Beitragsentscheids Massnahmen getroffen hat, die nur mit unzumutbaren finanziellen Einbussen rückgängig gemacht werden können; und</li> <li>b. wenn die Rechtsverletzung oder die unrichtige oder unvollständige Feststellung des Sachverhalts für die Empfängerin oder den Empfänger nicht leicht erkennbar gewesen ist.</li> </ol>
Rückzahlungen	<p>Art. 24 Rückzahlungen fliessen in den MAF.</p>
Berichterstattung	<p><b>F. Schlussbestimmungen</b></p> <p>Art. 25 <sup>1</sup> Der Stadtrat informiert im Geschäftsbericht über die im betreffenden Jahr zugesicherten und geleisteten Beiträge.</p> <p><sup>2</sup> Er veröffentlicht für jeden einzelnen Beitrag insbesondere folgende Informationen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. die Beitragshöhe;</li> <li>b. der Verwendungszweck;</li> <li>c. die Beitragsempfängerin oder der Beitragsempfänger;</li> <li>d. die Beschlussnummer;</li> <li>e. der nach der Beitragsbewilligung verbliebene Mittelbestand;</li> <li>f. der Kreis in dem er verwendet wurde.</li> </ol> <p><sup>3</sup> Zudem veröffentlicht er zu jedem einzelnen Mittelzufluss (Ertrag Mehrwertabgabe) in den Fonds insbesondere folgende Informationen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. die Ertragshöhe;</li> <li>b. der Anlass für den Mehrwertausgleich;</li> <li>c. der Mittelbestand nach Zufluss des Ertrags;</li> <li>d. der Kreis, aus dem die Mehrwertabgabe stammt.</li> </ol>
Änderung bisherigen Rechts	<p>Art. 26 Die Bau- und Zonenordnung vom 23. Oktober 1991<sup>5</sup> wird wie folgt geändert:</p> <p>Art. 81e Erträge kommunaler Mehrwertausgleich</p> <p>Die Erträge aus den Mehrwertabgaben fliessen in den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds und werden nach Massgabe der Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds verwendet.</p>

---

<sup>4</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>5</sup> AS 700.100

Inkrafttreten Art. 27 Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

## 2217. 2023/80

**Weisung vom 01.03.2023:**

**Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Dringliche Motion, GR Nr. 2019/43, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen vom 30. Januar 2019 betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/43, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen vom 30. Januar 2019 betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Anna Graff (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Dringliche Motion, GR Nr. 2019/43, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen vom 30. Januar 2019 betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Anna Graff (SP); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Claudio Zihlmann (FDP)

Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Abwesend: Dr. Roland Hohmann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Anna Graff (SP); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Claudio Zihlmann (FDP)

Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL)

Abwesend: Dr. Roland Hohmann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Anna Graff (SP); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsident; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Abwesend: Dr. Roland Hohmann (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 105 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Dringliche Motion, GR Nr. 2019/43, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen vom 30. Januar 2019 betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/43, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen vom 30. Januar 2019 betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. September 2023

## 2218. 2023/318

### **Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 28.06.2023: Projektierungskredit für den Bau der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf der Zollbrücke**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1987/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Markus Knauss (Grüne) ist nicht einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 62 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



**2219. 2023/408****Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 30.08.2023:  
Weiterbetrieb der provisorischen Haltestelle «Sihlquai» in der Limmatstrasse bis  
zur endgültigen Verlegung der Haltestelle auf die Zollbrücke**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartement namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2176/2023).

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 68 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2220. 2023/81****Weisung vom 01.03.2023:  
Dringliche Motion von Markus Knauss und Dr. Ann-Catherine Nabholz betreffend  
Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze,  
Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/129, von Markus Knauss (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 3. April 2019 betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Markus Knauss (Grüne), Referat; Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Derek Richter (SVP), Referat; Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Markus Knauss (Grüne), Referat; Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Minderheit: Derek Richter (SVP), Referat, Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Markus Knauss (Grüne), Referat; Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/129, von Markus Knauss (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 3. April 2019 betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. September 2023

## 2221. 2022/439

### **Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 14.09.2022: Rekommunalisierung der Firma Biogas Zürich AG**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Barbara Wiesmann (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 621/2022).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Barbara Wiesmann (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 65 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2222. 2023/427

#### **Postulat von Mischa Schiwow (AL) und Michael Schmid (AL) vom 06.09.2023: Quartierzentren gemäss kommunalem Richtplan, Verbesserung der Qualität als Orte des Aufenthalts und der Begegnung mit niederschweligen Massnahmen**

Von Mischa Schiwow (AL) und Michael Schmid (AL) ist am 6. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen niederschweligen Massnahmen die Qualität der im kommunalen Richtplan bezeichneten Quartierzentren als Orte des Aufenthalts und der Begegnung unter Einbezug des lokalen Gewerbes und der Quartierbevölkerung kurz- und mittelfristig verbessert werden kann. Es sollen insbesondere Massnahmen, welche kein Bauprojekt verlangen, und deshalb kurzfristig umgesetzt werden können, geprüft werden.

Begründung:

Der am 10. April 2021 vom Gemeinderat (GR Nr. 2019/437) und gleichen Jahres anlässlich einer Volksabstimmung genehmigte kommunale Richtplan SLÖBA listet in Kapitel 3.2. Quartierzentren und Stadtachsen Entwicklungsziele in den einzelnen Quartieren auf. Sie sehen zum grössten Teil vor «quartierbezogene Nutzungen (insbesondere Erdgeschossnutzungen) zu erhalten und zu fördern» und «private Aussenräume und öffentlichen Raum abzustimmen und funktionsfähig zu gestalten».

Die Neugestaltung von Plätzen in der Stadt ist nicht nur aufwändig, sondern bedarf einer langen Planungs- und Bauphase. Die in der Vergangenheit häufig ohne Koordination mit dem lokalen Gewerbe und der Quartierbevölkerung erfolgten Erneuerungen von Plätzen entsprachen in manchen Fällen hauptsächlich Anforderungen des (Durchgangs-)Verkehrs, nicht aber der Aufenthaltsqualität und Förderung der Rolle als Quartierzentrum. Flagrantes Beispiel dafür ist die 2021 fertiggestellte, sehr aufwändige Erneuerung des Römerhofplatzes.

Die Verbesserung der Aufenthalts- und Begegnungsqualität eines Platzes bedarf nicht unbedingt grosser baulicher Veränderungen. Es gibt viele niederschwellige Möglichkeiten, die Qualität von verkehrstechnisch anspruchsvollen Plätzen zu verbessern. Dazu gehören die Bereitstellung von Erdgeschossen für eine im Quartier sinnvolle Nutzung, insbesondere Läden zur Versorgung der Grundbedürfnisse, die Einrichtung von zusätzlichen Sitzgelegenheiten, das Anbringen von Abschränkungen zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern, die sinnvolle Anordnung von Velostationen, die Begrünung und Entsiegelung von Teilflächen, eine Einflussnahme auf die Vermietung der Geschäfte, dort wo die Stadt Besitzerin ist, usw.

Der Hegibachplatz beispielsweise könnte durch die Kombination verschiedener der erwähnten Massnahmen an Attraktivität gewinnen und somit seine als Zentrum des Quartiers Hirslanden festigen.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**2223. 2023/428**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP), Beat Oberholzer (GLP) und 67 Mitunterzeichnenden vom 06.09.2023:**

**Nutzung der Kasernenwiese, Öffnung für kommerzielle Veranstaltungen, Arealentwicklung mit dem Kanton und Hintergründe zum Planungsprozess sowie Berücksichtigung der sich verändernden Bedürfnisse und Realitäten**

Von Marco Denoth (SP), Beat Oberholzer (GLP) und 67 Mitunterzeichnenden ist am 6. September 2023 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Kasernenareal Zürich ist aufgrund seiner zentralen Lage und seiner Grösse ein Schlüsselareal für die Entwicklung der Zürcher Innenstadt. Die Kasernenwiese spielt aufgrund ihrer Grösse, Lage, Erreichbarkeit und Infrastruktur jetzt schon eine wichtige Rolle in Bezug auf Outdoor-Veranstaltungen in der Stadt Zürich. Durch den Wegfall der Hardturmbrache wird die Kasernenwiese als Veranstaltungsort zukünftig noch an Wichtigkeit gewinnen, will die Stadt verhindern, dass für das kulturelle Angebot und die wirtschaftliche Wertschöpfung wichtige Veranstaltungen die Stadt verlassen.

Ausgehend vom Zukunftsbild, das im 2013/2014 gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeitet wurde, haben Kanton und Stadt eine Vision für das Kasernenareal entwickelt. Dieses hält fest, dass der Zeughaushof und die Kasernenwiese vielseitig und ganzjährig nutzbare Freizeitorde und stadtteilverbindende Freiräume sind. Der Zeughaushof bleibt, wie er ist. Die Kasernenwiese wird zu einem neugestalteten, zentralen Stadtpark. Noch offen ist, ob die Kasernenwiese eher breit nutzbare Freifläche oder gestalteter Park ist. Das Zukunftsbild zeigt, dass die kulturelle Nutzung einem Bedürfnis der an der Partizipation beteiligten Bevölkerung entspricht. Gemäss dem Projektzeitplan befindet sich die Neugestaltung der Kasernenwiese aktuell in der Planungs- und Vorbereitungsphase (Quelle, <https://kasernenareal-zuerich.ch/>)

Im Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung der Kasernenwiese, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die Kasernenwiese in Zukunft auch kommerziellen Veranstaltungen offen stehen soll?
2. Wie sieht die Entscheidungsfindung bei der gemeinsamen Arealentwicklung mit dem Kanton Zürich aus?
3. Welche Dienststellen der Stadt und des Kantons sind in den Planungs- und Vorbereitungsprozess integriert?
4. Wer hat, wenn es um die Kasernenwiese geht, den Lead?
5. Welche Zwischenschritte sind 3-jährigen Vorbereitungsprozess (Mitte 2022 bis Mitte 2025 geplant)? Warum wurde dieser so lange angesetzt?
6. Welche potenziellen zukünftige Nutzer\*innen sind in den Planungs- und Vorbereitungsprozess integriert? Wurde auf die Integration, z.B. der Veranstaltungsbranche, verzichtet? Aus welchen Gründen?
7. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die sich verändernde Bedürfnisse und Realitäten (z.B. Wegfall der Hardturmbrache) in einen über 10 Jahre alten Masterplan einfließen?
8. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die Kasernenwiese auch in Zukunft für Veranstaltungen genutzt werden kann?

Mitteilung an den Stadtrat

**2224. 2023/429**

**Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Claudio Zihlmann (FDP) vom 06.09.2023:**

**Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen, Einbindung der Stadt in die Planung, Routen für die Bauplätze und den Aushub sowie Lärmbelastung für die Quartiere und Minimierung der Nacharbeiten**

Von Flurin Capaul (FDP) und Claudio Zihlmann (FDP) ist am 6. September 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die SBB planen im Rahmen des Ausbaus Schritt 2035 des Bundes, den Bahnhof Stadelhofen auszubauen und bis 2035 ein viertes Gleis in Betrieb zu nehmen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist die Stadt Zürich in die Planung der Bauarbeiten eingebunden?
2. Wo entstehen die Bauplätze und über welche Routen werden diese angefahren?
3. Über welche Routen wird der Aushub abtransportiert und wie viele Fahrten fallen an (Schätzung)?
4. Welche Quartiere sind durch den Baustellenlärm und -fahrten betroffen?
5. Was für Nacharbeiten sind zu erwarten und wie wird sichergestellt, dass diese minimiert werden?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

### **2225. 2022/157**

**Wahl eines Mitglieds in die SK TED/DIB nach Rücktritt von Carla Reinhard (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2024**

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 4. September 2023):

Patrick Hässig (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

### **2226. 2023/170**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 29.03.2023:**

**Studie zur Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich, Programme zur Gewaltprävention an Volksschulen, Beizug von Klassenlehrpersonen und Sozialarbeitenden, Sensibilisierung von Lehrpersonen zum Thema häusliche Gewalt, Krisenintervention bei Mobbing und sexueller Belästigung sowie Strategie gegen die schulische Demotivation**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2380 vom 30. August 2023).

### **2227. 2023/218**

**Schriftliche Anfrage von Martina Zürcher (FDP) und Johann Widmer (SVP) vom 19.04.2023:**

**Illegale Sprayereien und Tags, Strategie und Massnahmen der Stadt, Thematisierung bei der Fan- und Jugendarbeit, vermehrte Polizeipatrouillen, Ausgaben für die Entfernung der Sprayereien und Schätzung des jährlichen Schadens sowie Anzahl Verzeigungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2185 vom 23. August 2023).

**2228. 2023/250**

**Schriftliche Anfrage von Beat Oberholzer (GLP), Patrick Hässig (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 24.05.2023:**

**Anpassung der ewz-Förderung für E-Mobilitäts-Ladeinfrastruktur, ausgerichtete Förderbeiträge im Jahr 2022, Ausrichtung des Fördermodells auf die kantonalen Beiträge und Beibehaltung der Beiträge bis zur Erreichung einer Neuzulassungsquote für vollelektrische Antriebe sowie Rechtfertigung des Wechsels auf Pauschalbeiträge aufgrund des administrativen Aufwands**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2186 vom 23. August 2023).

**2229. 2022/303**

**Weisung vom 06.07.2022:**

**Volksinitiative «Stadtgrün», Antrag auf Teilungültigkeit, Ablehnung, Gegenvorschlag und Rahmenkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 03.09.2023 über folgende Vorlage entschieden:

A. Volksinitiative «Stadtgrün» (Änderung der Gemeindeordnung)

13 939 Ja      52 340 Nein

B. Direkter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Stadtgrün» (Änderung der Gemeindeordnung)

45 090 Ja      20 907 Nein

C. Stichfrage: Volksinitiative (A) / Direkter Gegenvorschlag (B)

10 186 A      49 871 B

D. Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Stadtgrün» (Rahmenkredit von 130 Millionen Franken)

41 550 Ja      23 904 Nein

**2230. 2022/687**

**Weisung vom 21.12.2022:**

**Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und Erweiterung der Schulanlage In der Ey, neue einmalige Ausgaben, Erstellung von Provisorien, Zusatzkredit zum Projektierungskredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 03.09.2023 über folgende Vorlage entschieden:

Neubau und Erweiterung Schulanlage Triemli / In der Ey, Ausgaben von  
151,5 Millionen Franken

53 418 Ja      13 829 Nein

**2231. 2023/16**

**Weisung vom 18.01.2023:**

**Entsorgung + Recycling Zürich, Kehrichtheizkraftwerk, dritte Verbrennungslinie  
2K5, neue einmalige Ausgaben**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom  
03.09.2023 über folgende Vorlage entschieden:

Dritte Verbrennungslinie Kehrichtverwertungsanlage Hagenholz, Ausgaben von  
367 Millionen Franken

61 583 Ja      6 229 Nein

Nächste Sitzung: 13. September 2023, 17.00 Uhr